

Die Welt der Verpackungen

Sommertour am Montag, 5. August, zu Bosch Packaging Technology in Waiblingen

Waiblingen (wtg). In Waiblingen hat das weltgrößte Verpackungsunternehmen seinen Sitz: Bosch Packaging Technology. Wir laden unsere Leserinnen und Leser am Montag, 5. August, zu einer Sommertour in den Betrieb ein. Live können die Besucher erleben, wie mit den in Waiblingen konstruierten und gefertigten Verpackungsmaschinen Lebensmittel und Medikamente abgefüllt werden.

Das Remstal gilt als „Packaging Valley“. Wer eine Verpackungsmaschine braucht, stößt früher oder später auf ein Unternehmen im Rems-Murr-Kreis. Bosch Packa-

ging Technology mit 5000 Beschäftigten ist das größte Unternehmen in einer Branche, die noch immer von zahllosen mittelständischen Firmen geprägt ist. Innerhalb des Bosch-Konzerns ist die Verpackungstechnik seit 1974 ein eigenständiger Geschäftsbereich, der von Waiblingen aus gesteuert wird. Darüber hinaus hat der Produktbereich Liquid Food hier seinen Hauptsitz. Er konzentriert sich unter anderem auf die Entwicklung von aseptischen Füll- und Verpackungsmaschinen zum Beispiel für die Kaffee- oder Molkereibranche. Darüber hinaus entwickeln und fertigen Mitarbeiter für den Produktbereich Pharma Prozess- und Verpackungslösungen für feste Pharmazeutika wie etwa Kapselfüllanlagen, Kartonierer sowie maßgeschneiderte Kundenlösungen.

Nachdem Bosch in den 60er Jahren schrittweise die Hesser AG in Bad Cannstatt erworben hatte, die die Wiege des

deutschen Verpackungsmaschinenbaus darstellt, übernahm Bosch 1970 schließlich Höfliger & Karg in Waiblingen.

Durch organisches Wachstum und Akquisitionen ist der Geschäftsbereich stetig gewachsen. Heute bietet der gesamte Geschäftsbereich unter der Dachmarke Bosch alle Linienkomponenten für Füll- und Verpackungsprozesse aus einer Hand. 2012 hat Bosch Packaging Technology über 900 Millionen Euro umgesetzt und strebt bis Ende 2015 die Umsatzmarke von 1,5 Milliarden Euro an. Die Zahl der Mitarbeiter stieg 2012 um sechs Prozent auf rund 5000, davon sind 1000 in Waiblingen tätig sowie 200 in Remshalden.

Von Medikamenten bis Kaffeepads, Süßwaren und Körperlotion

Das Produktportfolio von Bosch Packaging Technology erstreckt sich von Füll-, Prozess- und Verpackungstechnik für pharmazeutische Produkte und Süßwaren bis hin zu Verpackungslösungen für Stück- und Schüttgüter im Nahrungsmittelbereich sowie für Produkte aus dem Bereich Gesundheit und Körperpflege.

Anders ausgedrückt, Bosch verpackt so ziemlich alles, was empfindlich ist. Längst ist die Verpackungstechnik ein internationales Unternehmen. Die Hälfte der Mitarbeiter sind im Ausland tätig, mehr als 90 Prozent des Umsatzes werden außerhalb Deutschlands erwirtschaftet. Das Unternehmen ist in mehr als 15 Ländern mit über 30 Standorten vertreten. Dabei spielt Asien eine herausragende Rolle.

Info

Neugierig? Dann melden Sie sich bis Dienstag, 30. Juli, für die Sommertour am Montag, 5. August, um 10 Uhr an. 20 Leserinnen und Leser können teilnehmen. Sollten sich mehr anmelden, entscheidet das Los. Wir informieren die glücklichen Teilnehmer.

Noch zwei Hinweise: Das Fotografieren ist im Betrieb nicht gestattet. Das Mindestalter für die Teilnahme beträgt 14 Jahre.



Bei Bosch in Waiblingen werden speziell aseptische Füll- und Verpackungsmaschinen zum Beispiel für die Kaffee- oder Molkereibranche hergestellt. Am Montag, 5. August, laden wir unsere Leserinnen und Leser zu einer Sommertour in die Welt der Verpackungstechnik ein. Bild: Büttner

Anmeldecoupon für die Sommertour

Absender

Titel der Sommertour: **BOSCH**

Name:

Straße:

Telefon:

Ort:

Anzahl der Personen:

Bitte senden oder faxen an: Zeitungsverlag Waiblingen
Albrecht-Villinger-Str. 10, 71332 Waiblingen, Fax 07151/566-402

Leserbriefe

Augen auf!

Betr.: „Die neue Macht der Alten“
Was bildet sich dieser ominöse Erhard Hackler von der noch ominöseren Deutschen Seniorenliga eigentlich ein mit seiner dümmlichen Aussage „Eine Rentnerpartei hat in Deutschland keine Chance“. Das würde den etablierten Parteien so passen, wäre ja noch schöner, wenn die Rentner jetzt auf einmal anfangen, sich in einer eigenen Partei zu organisieren. Dazu wird es jetzt allerhöchste Zeit, damit unsere Damen und Herren Volksvertreter im Bundestag einmal aus erster Hand hören, wie rund 15 Millionen Westrentner über die aktuelle „Rentenanpassung“ von 0,25% denken. Was wir brauchen, ist eine Rentnerpartei, die im Bundestag dafür sorgt, dass die Belange der Rentner überhaupt mal auf die Tagesordnung kommen und die Versuche der Alten ein Ende nimmt. Das ist ja nicht mehr zum Mitmachen, wie hier in der „reichen“ Bundesrepublik mit den Bedürfnissen einer ganzen Bevölkerungsgruppe Schindluder getrieben wird. Ich kann den Rentnern nur raten, macht die Augen auf und im September das Kreuz an der richtigen Stelle auf dem Wahlzettel.
Dieter Burkhardt, Weinstadt

Das sollte der Landrat wissen

Betr.: „Gießkanne für Gerechtigkeit“
Die leistungs- und/oder erfolgsorientierte Bezahlung soll dazu beitragen, die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern. Das klingt zunächst gut. Aber: Um eine gerechte Verteilung der Leistungszulage zu ermöglichen, müssen – was bisher nicht geschieht – transparente Kriterien für Leistung beziehungsweise Erfolg formuliert werden. Ist denn der Mitarbeiter erfolgreich, der die meisten Fälle verwaltet oder die Mitarbeiterin am leistungsstärksten, die zum Beispiel im Jugendamt die längsten wahlweise kürzesten oder günstigsten Hilfen vermittelt? Hat ein guter Mitarbeiter viele Überstunden, weil er lange arbeitet, oder kaum Überstunden, weil es ihm gelingt, die ihm zugeteilte Arbeit in der ihm zur Verfügung stehenden Arbeitszeit zu erledigen?
Die Bewertung der Leistungen von Mitarbeitern bedarf eindeutiger und im Voraus kommunizierter Kriterien und darf nicht dem Gutdünken von Vorgesetzten überantwortet werden, denn sonst führt das Leistungsentgelt wahrlich nicht zu Motivation, Stärkung von Eigenverantwortung und Führungskompetenz, sondern zu Frust und Enttäuschung. Und das sollte auch ein Landrat wissen. Iris Förster, Waiblingen

Wess' Brot ich ess', ...

Betr.: „Ja zu Windrädern - immer noch“
Sie nehmen Bezug auf eine Umfrage im Rems-Murr-Kreis über die Akzeptanz von Windkraftanlagen auf der Buecher Höhe und kommen zu dem Erkenntnis, dass über 54 Prozent nach wie vor dafür sind trotz der massiven Aktivitäten des Vereins „Schützt die Buecher Höhe“. Ich glaube, man sollte hier einiges klarstellen: 1. Ich nehme an, dass die Mehrheit der Einwohner des Befragungsgebietes in Waiblingen wohnt und damit mehr als 50 Prozent Ihrer Leser ausmacht. 2. Durch alle Fraktionen und Bevöl-

kerungsschichten in Waiblingen ist logischerweise die Akzeptanz überwältigend hoch. Die geplanten Windräder liegen in einer unbewohnten Waldenklave, die kilometerweit von der Ortschaftsgrenze entfernt ist. Sie beeinträchtigen in gar keiner Weise die herrliche Altstadt, die prächtigen Auenwiesen an der Rems oder die schicken Neubaugebiete am Galgenberg und an der Rems. Das sähe wohl etwas anders aus, wenn die Windräder auf Waiblinger Gemarkung - sprich auf der Korber Höhe geplant würden. 3. Es sind nicht die Korber Bürger, die nach dem St.-Florians-Prinzip handeln, wie man ihnen häufig vorwirft. Weltmeister des Floriansprinzips sind der Waiblinger Oberbürgermeister und der Waiblinger Stadtrat. Sie treten gerne als die großen Klimaschützer auf und würden gerne die beträchtlichen Standgebühren pro Rad und Jahr kassieren. Die Beeinträchtigungen verschiedenster Art, die hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden sollen, tangieren die Waiblinger überhaupt nicht. Zu Ihrer jüngsten Berichterstattung fällt mir nur ein altes Sprichwort ein: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.
Wilhelm Wentges, Korb

Individualisierte Ernährung

Betr.: „Kohlenhydrate ja/nein?“ 11.7.13
Es ist lobenswert, dass die Rems-Murr-Rundschau ihre Leser/innen anregt, über ihre Ernährung nachzudenken. Dabei ist es erfreulich, dass der Artikel von Nils Graefe nicht dogmatisch oder rechthaberisch daherkommt. Dass die Informationen dennoch etwas verwirrend sind, liegt sicher auch daran, dass die Ernährungsforscher noch viel zu tun haben. Denn viele Fragen des menschlichen Stoffwechsels sind noch ungeklärt. Der Hauptgrund für so unterschiedliche und gegensätzliche Meinungen zu „Kohlenhydrate ja/nein?“ dürfte jedoch darin liegen, dass jeder Mensch auf die Ernährung und die körperliche Bewegung unterschiedlich reagiert. Jüngere Forschungen haben gezeigt, dass es eine starke Verbindung zwischen der DNA, also unseren Genen, und der Art gibt, wie unser Körper auf Ernährung und körperliches Training reagiert. Spezialisierte Wissenschaftler, Ernährungsberater und Sportexperte haben daraufhin ein Testverfahren entwickelt, aufgrund dessen sie ein individualisiertes Ernährungsprogramm erstellen können.
Martin und Esi Jaeger, Schorndorf

Keine Ahnung von Industrie

Betr.: Wahlprogramm von SPD und Grünen
Nun haben die SPD und Grünen ihre Wahlprogramme beschlossen, sie sind begeistert von ihren Ideen, aber nur sie. Die meisten Wähler sind es nicht. Wie können Menschen, die keine Ahnung von Industrie haben, sich trauen, die Unternehmen mit Vermögenssteuern zu belästigen? Damit Frau Roth, Herr Özdemir und andere, machen Sie mehrere Firmen kaputt oder treiben sie ins Ausland, was die Arbeitslosigkeit dramatisch erhöht. Merken Sie sich, dass regieren wollen und können, muss man auseinanderhalten oder besser die Finger davon lassen, um sich nicht zu blamieren. Eine rot-grüne Regierung hatten wir ja schon, in der so manche und mancher als

Minister/in waren. Die Gesetze von damals waren viele negativ wie: Hartz VI, Leihfirmen, Prostituierten-Gesetz, um nur einige zu nennen. Unter deren Auswirkungen leiden auch heute noch sehr viele Menschen. Und nun wollen diese Politiker wieder an die Macht. Das darf nicht geschehen. Rot-Grün ist das Gleiche wie Grün-Rot. Von der grün-roten Regierung in Baden-Württemberg waren vor der Wahl viele begeistert. Heute sind viele enttäuscht und mit Recht. Diese Regierung hat gleich circa 200 neue Mitarbeiter eingestellt mit satten Gehältern, zwei unnötige Ministerien gegründet und die Diäten wurden erhöht. Nun fehlt das Geld. Jetzt entlassen sie Lehrer und suchen weiter, wo sie noch einsparen können. Und sollte Herr Steinbrück Kanzler werden, wird es noch schlimmer, denn er hat ja schon im Voraus angedeutet, dass die Kanzlerin zu wenig verdient. Sollte er Kanzler werden, dann wird Deutschland auch bald ein Krisenland. Helmut Mayer, Waiblingen

Desinformation

Betr.: Land fehlen 30 000 Betreuungsplätze
Nicht nur heute fehlen Betreuungsplätze – bereits in den 70er Jahren waren die Kita-Plätze im Land Baden-Württemberg dünn gesät und nicht – wie ab 01.08.2013 – einlagbar! Die damaligen Politiker köderten die jungen Mütter damit, sie mögen wegen der fehlenden Plätze ihre Kinder in den ersten Lebensjahren doch zu Hause erziehen; Nachteile – insbesondere rentenrechtlicher Art – würden ihnen dadurch nicht entstehen. Man vergaß dabei aber offensichtlich (ob bewusst oder nicht) zu erwähnen, dass die Mütter darauf achten müssten, dass sie in der zweiten Hälfte ihres Berufslebens zu mindestens 9/10tel einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen müssen, ansonsten würden sie bei Renteneintritt nicht in die Krankenkasse der Rentner aufgenommen und müssten sich freiwillig krankenversichern. Aufgrund dieser Desinformation fehlen vielen dieser Mütter heute die entsprechenden Vorversicherungszeiten. Selbst wenn es sich dabei nur um einige Monate handelt, die nachweislich während der Kindererziehungszeit angefallen sind, wird ihnen die Aufnahme in der Rentnerkrankenkasse verweigert! Dies ist nach heutiger Auffassung der Politiker und des Petitionsausschusses des Bundestages jedoch kein rentenrechtlicher Nachteil (!) – mir fehlen da schlicht und ergreifend die Worte. Was wir als Betroffene und Angehörige der 60plus-Generation von diesen Politikern halten, kann sich jeder ausmalen; Verlässlichkeit und Vertrauen sind für diese offensichtlich nur Worthüllen. Im 'normalen' Geschäftsleben würden solche Politikerassagen sicher zu straf-/zivilrechtlichen Konsequenzen führen.
Helmut Mack, Endersbach

Aufschnelles Geld aus

Betr. Taktik Tabubruch von Bushido
„Stress ohne Grund“ lautet die neue Single des Rapprokateurs Bushido – den wohl viele zu Recht als durchschnittlichen und klischeehaftigen Rapper bezeichnen, der macht tatsächlich anderen Menschen Stress ohne Grund! Tötungsfantasien gegen Politiker und andere Entertainer zu singen, die

einem persönlich nix getan haben, ist schon wirklich unterste Schublade! Wenn Anis Mohamed Youssef Ferchihi wirklich Ahnung vom Leben sollte, warum widmet er sich dann nicht Themen wie Neonazismus, Drogensucht, Zwangsprostitution oder den sexuelle Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen, das wären doch Themen, wo man mit Rapreimen prima die Gesellschaft zum Nachdenken anregen könnte!
Aber im Gegensatz zu handgemachter Rockmusik, wo die Interpreten nie im Voraus wissen, ob ihr Sound ihr Publikum finden wird oder nicht, war es bei Gangsterrap schon immer offensichtlich, dass die Sänger nach dem Motto „Leitungswasser predigen, aber Champagner saufen“ auf der Suche nach dem schnellen Geld sind! Und das ist keine Bildungsfrage, um das festzustellen! Deshalb wird Bushidos Taktik Tabubruch wohl diesmal nach hinten losgehen, denn Provokation ist sinnvoll, solange eine Aussage dahintersteckt! Mit auffallen um jeden Preis hingegen geht der Schuss nach hinten los und das wird Bushidos Karriere drastisch beschleunigen!
Johann Weiss, Plüderhausen

Zweifel am Rechtsstaat

Betr.: Verhandlung vor dem RP über die Erhöhung der Grundwassermenge für S 21
Seit ich an der Anhörungsveranstaltung im „Apollo-Theater“ teilgenommen habe, zweifle ich ernsthaft, in einem Rechtsstaat zu leben. Beim Eingang bewachen Sicherheitsleute von der DB in Uniform mit Handschellen ausgerüstet eine Veranstaltung des Regierungspräsidiums. Wer hat die DB dazu beauftragt? Während der chaotischen Verhandlung wird von den Teilnehmern beantragt, dass auch wenigstens der BUND eine Ausfertigung des Protokolls erhält, um die Vollständigkeit der Einwendungen überprüfen zu können – dies wird aus Datenschutzgründen abgelehnt. Gleichzeitig wird aber in der Veranstaltung klar, dass das RP sämtliche Namen und Anschriften der Einspruchführenden an die DB weitergeleitet hat – Datenschutz Fehl-anzeige! Dies ist schon ein Skandal an sich und müsste den Datenschutzbeauftragten auf den Plan rufen. Der Abbruch der Verhandlung kam nicht wegen der Anträge auf Befangenheit des Verhandlungsführers des RP Henrichsmeyer zustande, wie dies nun in den Medien dargestellt wird. Diese Befangenheit sah Herr Regierungspräsident Schmalzl trotz der erheblichen Vorwürfe immer noch nicht. Die Erörterung wurde abgebrochen und verschoben, weil der RA der DB dies beantragt hat. Die Besprechung hierüber fand auf offener Bühne unter Mitwirkung der DB vor den Augen der Anwesenden statt, wie viele Bilder beweisen. Hier wollte man wohl auch ganz gezielt den vielen Einwendungen der Sachverständigen des BUND zuvorkommen. Wer außer der DB und ihren Vertretern regiert hier eigentlich noch in Baden-Württemberg?
Ingrid Hassler, Waiblingen

Eine Farce

Betr.: S 21, „Notbremse“ vom 15. Juli
Als sogenannter Einwender war ich von Beginn der öffentlichen Anhörung durch das Regierungspräsidium vor Ort. Nach

Protokollierung unseres Befangenheitsantrages gegen das Prozedere sowie den RP-Versammlungsleiter und bekennenden S-21-Befürworter Herrn Henrichsmeyer (CDU) – seinem erkennbar parteiischen und oberleitungsstaatlichen Verhalten – geriet die angestrebte pro S 21 Alibi-Veranstaltung zunehmend zur Farce. Erst am Abend des zweiten Tages, Regierungspräsident Schmalzl (FDP) konnte ja „keine Befangenheit feststellen“, wurde auf Antrag der DB-Juristen - bezeichnend nicht der Einwender, die „Anhörung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt“.
Der eigentliche Skandal ist aber das Abtauchen des zuständigen Innenministers Gall (SPD). Der dem Termindruck der DB und dem Mitklingeln des Regierungspräsidenten aufgrund der noch nicht vorliegenden, jedoch unverzichtbaren fachlichen Stellungnahmen des Geologischen Landesamtes und des Umweltamtes der Stadt Stuttgart, nicht pflichtgemäß Einhalt gebot. Es ist dem Engagement der S-21-Kritiker und in Folge den „kalten Füßen“ der Bahn zu verdanken, dass Rechtsstaatlichkeit Vorrang vor dubioser „Projektförderpflicht“ bekam. Die weiters interessengeleitete Ländlepolitik hat bei S 21 wieder mal kläglich versagt.
Klaus Böhringer, Welzheim

Politik ohne Logik

Betr.: Verkehr in Stuttgart und S 21
Unter den früheren CDU-Bürgermeistern und deren CDU- und FDP-Gemeinderäten wurden Wartungsverträge für Ampelanlagen, Verkehrsrechner usw. aus Kostengründen gekündigt. Die Straßensanierung wurde seit Jahren unterfinanziert. Das moderne Verkehrsleitsystem, das für Stuttgart mit seiner äußerst komplizierten Verkehrslage sehr notwendig wäre, kommt immer wieder als heißer Wunsch in die Presse. Es verschwindet aber danach wieder aus Kostengründen in der Schublade. Das meldet die Presse aber nicht. OB Fritz Kuhn hat dies schon erkannt und mit Stuttgarter Firmen im Kessel zu einem Mobilitätsgipfel einladen. Er überlegt, in der Regionalversammlung anzutreten. Natürlich nur, wenn dort ernsthaft ein regional-optimaler öffentlicher Verkehr und ein sinnvoller Straßenbau mit Sanierung erarbeitet wird. Alle Achtung. Für das grenzenlose Milliardenprojekt von S 21 wird von Stuttgart und den umliegenden Kommunen das Geld klaglos bereitgestellt. Im Moment ist vom Stuttgarter Gemeinderat (CDU, FDP und SPD) nicht viel zu erwarten. Die können vom Immobiliendeal im Rosensteinviertel nicht lassen. Die geologischen Untersuchungen für das Wassermanagement sind noch nicht vollständig erarbeitet. Da soll das Volk im S-21-Erörterungstermin befragt werden. Was soll das? Nur vage Ansichten ohne wissenschaftliche Grundlagen. Die DB AG, die schon mal das Handtuch schmeißen wollte, versucht Fakten zu schaffen. Das Gefühl der Unumkehrbarkeit soll erzeugt werden. Wer oder was ist dazu? Politik hat immer weniger mit Logik, sondern mit Wirtschaftsmacht zu tun. Die Grünen haben mit einer SPD-Partei zu tun, die sich konsequent von ihren Basiswählern, die gegen S 21 sind, entfernt. Das ist schade.
Karla Andreß, Plüderhausen